

«Nächste Saison will ich die Probleme in unseren Badis nicht mehr haben»

Mustafa Atici Der Basler SP-Erziehungsdirektor äussert sich zu den Konflikten in den Gartenbädern, zur Frage der Nationalität und zum Start der etwas weniger integrativen Schule.

Katrin Hauser und **Alexander Müller**

Das Aggressionspotenzial in den Badis ist in diesem Sommer in aller Munde. Die jurassische Gemeinde Pruntrut reagiert mit einem Verbot für auswärtige Gäste. Kaum wird das bekannt, stellt sich heraus, dass die Badmeister im Basler Joggeli mit ähnlichen Problemen zu kämpfen haben und sich von den Behörden nicht genügend unterstützt fühlen. Chats werden geleakt, Vorwürfe erhoben – und das Erziehungsdepartement (ED) ringt um Worte. Wen man in dieser Debatte bisher kaum gehört hat, ist ED-Vorsteher Mustafa Atici. Wir haben den SP-Regierungsrat zum Interview getroffen.

Herr Atici, haben Sie die Probleme in den Gartenbädern in diesem Sommer überrascht, oder hat sich das schon länger abgezeichnet?

Ich habe Ende Juli mit dem Personal im Joggeli und im Bachgraben gesprochen. Das ist meine Art, ich spreche gerne mit den Mitarbeitenden vor Ort. Sie haben mir gesagt, dass es in der Vergangenheit immer zu Problemen kam, wenn es besonders heiss war. Wenn so viele Menschen auf einem engen Raum sind und diese heisse Periode lange dauert, ist es gut möglich, dass es Probleme gibt.

«Wenn jemand aus der dritten oder vierten Generation etwas Strafbares tut, suche ich den Grund nicht in der Nationalität.»

Es ist aus Ihrer Sicht in der Badi also nicht gross anders als früher?
Nein, das wollte ich so nicht sagen. Aber ich habe von meinen Mitarbeitenden gehört, dass es tatsächlich auch früher schon an den heissesten Tagen immer wieder mal zu unangenehmen Situationen kam und sich andere Badegäste gestört fühlten.

Hat sich die Situation nun verschärft oder nicht?
Wenn viele Jugendliche unterwegs sind, kommt es nicht nur in Gartenbädern zu Problemen. Das passiert auch auf dem Sportplatz, in der Disco oder an anderen Orten. Das ist eine gesellschaftliche Entwicklung. In diesem Jahr gab es in der Badi tatsächlich einige Probleme mit Jugendlichen. Ich habe meine Mitarbeitenden nicht gefragt, ob das auch in früheren Jahren in diesem Ausmass der Fall war. Sie haben aber durchblicken lassen, dass es auch früher Jugendliche gab, die die Regeln nicht befolgt haben. Der Unterschied in diesem Jahr ist aber vermutlich, dass es grössere Gruppen sind, die Ärger machen.

Ende Juni gab es einen grösseren Einsatz der Baselbieter Polizei im

Joggeli, die eine Auseinandersetzung schlichten musste. Was ist da genau passiert?
Die Mitarbeitenden haben mir erzählt, dass es einen Streit zwischen Gruppen von Jugendlichen gab.

Was für Gruppen waren das? Jugendliche aus Frankreich?
Gemäss den Hausverboten, die wir diesen Personen geschickt haben, stammen sie mehrheitlich aus Frankreich.

Das Erziehungsdepartement wollte lange nichts zur Herkunft sagen. Die Baselbieter Polizei indes teilte mit, dass es sich oft um junge Franzosen mit nordafrikanischem Migrationshintergrund handelte. Warum diese Diskrepanz?

Vielen Dank für diese Frage! Dazu sage ich gerne etwas. Wir machen in unseren Gartenbädern keine Passkontrollen. Dafür hätten wir auch gar nicht die Ressourcen. Bei einem Problem suche ich nicht nach Nationalität, nach Religion oder Ethnie. Das ist meine generelle Haltung, auch in anderen Kontexten: Unsere Regeln gelten für alle. Wer in der Badi unsere Regeln nicht akzeptiert, soll möglichst schnell Hausverbot bekommen. Das habe ich auch meinen Mitarbeitenden gesagt. Sie haben Rückendeckung von mir, wenn sie unsere Regeln strikt durchsetzen.

Wenn eine Behörde merkt, dass sich überdurchschnittlich oft junge Männer mit nordafrikanischem Hintergrund danebenbenennen: Muss sie das benennen, weil es ein Teil der Problemanalyse ist, oder muss sie das nicht?
Sie wissen, dass ich in diesem Thema eine offene und klare Haltung vertrete. Aber wenn jemand aus der dritten oder vierten Generation etwas Strafbares tut, suche ich den Grund nicht in der Nationalität. Damit löse ich kein Problem.

Um ein Problem lösen zu können, muss man es erst kennen ...
... richtig.

Niemand sagt, Franzosen seien das Problem. Aber offenbar fällt eine bestimmte soziale Gruppe aus Frankreich auf. Für eine Präventionskampagne müssen Sie doch auch erst mal wissen, an wen Sie sich richten müssen.

Alle, die zu uns kommen, müssen sich an unsere Regeln halten. Der dagegen verstösst, muss es spüren oder gar gebüsst werden. Aber ich kann doch nicht drei Generationen zurückgehen und prüfen, woher die Familie kommt. Das ist auch gar nicht meine Aufgabe. Ich kann Migrationsfragen in Frankreich nicht lösen. Ich bin verantwortlich dafür, hier unsere Regeln umzusetzen. Genau darum haben wir das Sicherheitspersonal aufgestockt. Seitdem hat sich die Situation normalisiert. Das melden mir meine Mitarbeitenden, und das sagen auch die Baselbieter und die basel-städtische Polizei. Diese haben keine Häu-



«Alle die zu uns kommen, müssen sich an unsere Regeln halten»: Die Gesellschaft habe sich eindeutig verändert,1 sagt SP-Regierungsrat Mustafa Atici. Foto: Dominik Plüss

fung von Badi-Einsätzen im Vergleich zu früheren Jahren festgestellt. Damit möchte ich nicht das Problem kleinreden. Im Gegenteil. Wenn sich meine Mitarbeitenden nicht sicher fühlen, geht das nicht. Ich setze mich dafür ein, dass sie gerne fürs Erziehungsdepartement arbeiten.

Hat es Sie verärgert, dass manche Badmeister das anders wahrnehmen und sich mit ihren Sorgen an die Medien gewandt haben?
Dass meine Mitarbeitenden unzufrieden waren, war für mich

nicht akzeptabel, ja. Daher habe ich mit ihnen gesprochen und ihnen gesagt, dass sie unsere Unterstützung haben. Ich will, dass sie ihren Job gerne machen.

Müssen jene Badmeister, die mit der BaZ gesprochen haben, jetzt Angst haben? Müssen sie mit einer Entlassung rechnen?

(lacht) Nein! Niemand muss Angst haben. Sie haben an diesen heissen Tagen zum Teil unangenehme und herausfordernde Situationen erlebt. Es ist nun unsere Aufgabe, sie zu unterstützen. Ende der Saison spreche ich nochmals mit allen involvierten Mitarbeitenden bei mir im Erziehungsdepartement. Dann prüfen wir alle Regeln auf ihre Wirksamkeit. In der nächsten Saison will ich diese Probleme in unseren Badis nicht mehr haben.

Eine Lösung, die offenbar in St-Louis und in deutschen Gartenbädern funktioniert hat,

ist die Pflicht zu eng anliegenden Badehosen. Was halten Sie davon?
Das muss man genau prüfen. Das machen wir in einem internen Gespräch am Ende der Saison. Wenn es aus hygienischen Gründen Anpassungen braucht, werde ich das mittragen. Das finde ich wichtig. Denn auch zur Hygiene haben wir Regeln, die eingehalten werden müssen.

Wir brauchen plötzlich sechs Security-Mitarbeiter, die an heissen Tagen in unseren Badis patrouillieren. Das gab es vor zwanzig Jahren nicht. Was passiert da gerade in unserer Gesellschaft?
Die Gesellschaft hat sich eindeutig verändert. Sie ist komplizierter und diverser geworden, auch internationaler. Überall gibt es Kriege und Auseinandersetzungen. Ich spreche häufiger mit unseren Leuten in der Schule darüber, die als Sozialarbeiterinnen und -arbeiter unterwegs sind. Es

sind auch Probleme zu Hause, die Familien belasten – Alkoholprobleme oder Scheidungen beispielsweise. Die sozioökonomische Situation spielt eine Rolle – und je nach Kontext auch die Integration.

Haben wir die Probleme importiert?
(zögert) Nein, es gibt in jeder Generation Jugendliche, die sich nicht immer an alle Regeln halten. Bezüglich Integration machen wir es hier in der Schweiz aber wirklich gut. Unser grosser Vorteil ist das duale Berufsbildungssystem. Es erleichtert den ausländischen Jugendlichen, den Einstieg zu finden. Das gibt ihnen Struktur und ein regelmässiges Einkommen. Wenn es um jene geht, die Mühe haben, sich anzupassen, ist meine Haltung klar: Wir haben für unsere Werte und Regeln jahrhundertlang gekämpft. Wir können mit Menschen, die spät dazugekommen sind, nicht über diese Regeln ver-

handeln. Sie müssen einfach akzeptieren, wie es bei uns ist.

Setzen wir das auch durch? Sind wir streng genug?
Ich denke, wir sind sehr gut unterwegs. Wir versuchen, sie zum Beispiel in der Schule oder in den Sportvereinen für unsere Werte zu gewinnen.

Als Erziehungsdirektor beschäftigt Sie Integration noch in einem anderen Kontext. Die integrative Schule in Basel soll sich verändern. Dies ist das erste Schuljahr, in dem wieder Förderklassen geführt werden können. Wieso hat bisher nur eine einzige Schule eine Förderklasse beantragt?
Unsere Strategie ist es, dass jedes Schulhaus – innerhalb der von uns vorgegebenen Rahmenbedingungen – selbst entscheiden soll, was es braucht. Das ist kein Von-oben-herab-Entscheid der Volksschulleitung, sondern die Schulleitung soll das mit dem

Team, also dem Kollegium, diskutieren. Manche Schulleitungen sagen mir, sie hätten gute Erfahrungen mit der Doppelbesetzung gemacht. Viele Schulen setzen auf Lerninseln. Aber ja, tatsächlich kam bisher erst von einer Schule der konkrete Wunsch: Wir wollen eine Förderklasse.

Finden Sie das nicht seltsam? Basler Lehrpersonen haben eine Initiative lanciert, weil der Wunsch nach Förderklassen so gross war. Und jetzt will nur eine Schule eine solche Klasse installieren.
Ehrlich gesagt hat mich das auch überrascht. Eine Herausforderung bei den Förderklassen besteht zum Beispiel darin, dass die Schule genügend Räumlichkeiten braucht ...

Das wäre ja Ihr Job, diese herbeizustellen.
Ja, das ist mein Job, und wir arbeiten daran. Wir haben zum Beispiel letzte Woche den Schul-

standort Gartenstrasse eingeweiht – ein toller Standort. Aber so einfach ist es nicht, Räumlichkeiten für den Unterricht zu finden. Da muss einiges passen. Eine weitere Herausforderung ist

«Ich will einen Plan. Wie wollen wir in unserem Kanton die Leseförderung verstärken?»

das Personal. Die Kinder brauchen Heilpädagogen und Fachpersonen, die sie in der Förderklasse unterstützen. Drittens muss man die Eltern dieser Kinder rechtzeitig mitnehmen. Ich werde die Massnahmen, die die Schulen für sich gewählt haben, jedoch evaluieren. Wenn eine Schule mit der Lerninsel schlecht fährt und eine andere sehr gut mit der Förderklasse, werde ich ersterer vorschlagen, es doch ebenfalls mit einer Förderklasse zu versuchen.

Das ganze Personal für die Förderklassen müsste doch aber bereitstehen: Das braucht es ja jetzt auch, wo lernschwache und verhaltensauffällige Kinder in den Regelklassen untergebracht sind.
Lehrerinnen, Lehrer und Schulleitungen sagen mir, dass das Personal fehlt, dass die Räumlichkeiten fehlen und sie rechtzeitig mit den Eltern sprechen müssten. Es braucht mehr Zeit.

Wie steht es aus Ihrer Sicht um die schulische Leistung der Basler Schülerinnen und Schüler?
Ich denke, man kann sagen, dass wir gut unterwegs sind. Es gibt jedoch viele Bereiche, in denen Verbesserungen nötig sind – die genannten Massnahmen zur integrativen Schule sind ein Punkt. Ich habe Anfang dieses Jahres meine Legislaturziele festgelegt. Diese haben zwei Oberbegriffe: Der eine ist Schulqualität, der andere Chancengerechtigkeit.

Machen Sie dieses Ziel messbar? Zum Beispiel, indem Sie sagen, dass Basel-Stadt in vier Jahren bei Kantonsvergleichen im soliden Mittelfeld stehen soll?
Ich mache ein Beispiel: Im Mai haben wir Ergebnisse eines Kantonsvergleichs zum Leseverständnis erhalten. (Anmerkung der Redaktion: Basler Schüler schneiden im Leseverständnis und in der Orthografie schlechter ab als der Schweizer Durchschnitt.) Ich habe nach diesen Resultaten zum zuständigen Bereich gesagt: Ich will einen Plan. Wie wollen wir in unserem Kanton die Leseförderung verstärken? Ich kann Ihnen nun nicht sagen, ob die Kinder, die diese Unterstützung erhalten werden, in zwei Jahren ganz vorne mit dabei sein werden. Aber ich kann Ihnen sagen, dass ich nicht glücklich bin damit, wie wir abschneiden. Ich will einen besseren Platz in den Kantonsrankings.

Jetzt wird es richtig teuer für die Abfallbetrüger aus Birsfelden

Strafgericht Ein Ehepaar hat jahrelang die Gemeinde abgezockt. Nun wurden die Unternehmer verurteilt.

Wussten die beiden Inhaber einer Entsorgungsfirma – ein Ehepaar –, dass dem Hausmüll regelmässig Gewerbeabfall beige-mischt wurde und auf Kosten der Steuerzahler der Gemeinde Birsfelden in die Basler Kehrichtverbrennungsanlage gebracht wurde? In der Hauptverhandlung setzte die Verteidigung im Namen der schweissamen Angeklagten noch auf das Prinzip Hoffnung: Es lasse sich nicht beweisen, dass mit Vorsatz betrogen worden sei. Sie räumten höchstens ein Versehen bei kleineren, zu vernachlässigenden Mengen ein.

Doch das Baselbieter Strafgericht machte in der Urteils-eröffnung klar, dass sich die Verteidigung an einen Strohhalm geklammert hatte. Das Unternehmerpaar wurde am Donnerstagabend wegen gewerbsmässigen Betrugs zu je einer bedingten Haftstrafe von 20 Monaten verdonnert. Damit ging das Gericht deutlich über den Antrag der Staatsanwältin hinaus.

Plötzlich weniger Abfall
«Wir haben nicht den Hauch eines Zweifels, dass eine systematische Beimischung von Abfällen der Privatkunden zum Siedlungsabfall der Gemeinde stattgefunden hat», sagte Gerichtspräsident Aimo Zählender. «Es mutet geradezu absurd an, wenn dieser Vorwurf bestritten wird.»

In seiner Begründung referierte Zählender ausführlich zu einer 14 Punkte langen Indizienkette, die das Gericht zu seiner Haltung brachte. Mehrere der Indizien seien für sich allein schon ausreichend. Der Gerichtspräsi-

dent verwies beispielsweise auf die entsorgten Abfallmengen, die plötzlich massiv geringer ausfielen, nachdem die Gemeinde ab 2015 einer Konkurrenzfirma den Auftrag gab. Oder auf Aussagen von Mitarbeitern sowie Belege in den Geschäftsunterlagen.

Das Gericht ermittelte in einervorsichtigen Berechnung die Deliktsumme auf 309'000 Franken. Die Gemeinde Birsfelden dürfte vom Ehepaar nun noch mehr Geld betrogen worden sein. Ein Teil der Taten liegt jedoch bereits so weit zurück, dass die Verjährung eingetreten ist.

Diese 309'000 Franken wird das Ehepaar nun an die Gemeinde zurückzahlen müssen. Ein Teil davon wird aus beschlagnahmten Mitteln im Wert von 180'000 Franken bestritten. Ausserdem soll die Eigentumswohnung des Paares zur Deckung der Schulden veräussert werden, falls die Angeklagten nicht innert drei Monaten, nachdem das Urteil in Rechtskraft tritt, die fehlenden Gelder aus anderen Quellen überweist. Zusätzlich müssen beide noch je rund 29'000 Franken Gerichts- und Verfahrens-kosten tragen.

Für das Strafgericht war klar, dass beide Ehepartner die gleiche Strafe erhalten sollen – und auch solidarisch für den Schaden der Gemeinde gerastet werden müssen. Es sei unvorstellbar, dass die beiden Beschuldigten nicht gewusst hätten, was mit dem Abfall passiert. «Es handelt sich um einen kleinen, übersichtlich strukturierten Familienbetrieb», sagte Zählender.

Der Beschuldigte war der Patron seit 2003, das Ehepaar be-

kleidete die beiden einzigen Posten in der Geschäftsleitung. «Beide kannten das Unternehmen aus dem Effeff.» Und weil sie verheiratet seien, hätten sie auch untereinander die engstmögliche Verbindung. Beide Angeklagten hätten den maximal möglichen Einfluss auf die Firma. «Mehr Kontrolle ist schlicht nicht vorstellbar.»

Am Ende richtete der Gerichtspräsident deutliche Worte an das Ehepaar: «Sie haben treue Mitarbeiter instrumentalisiert, die für Sie die Drecksarbeit gemacht haben.» Das ganze Geschäftsmodell der Firma sei auf dem Betrug aufgebaut worden.

Gemeinde rehabilitiert
Eine richterliche Rüge gab es für die Staatsanwaltschaft, «weil das Verfahren übermässig lange gedauert hat». Ohne die Verletzung des Beschleunigungsgebots wäre die Strafe noch um 10 Monate höher ausgefallen.

Die Gemeinde Birsfelden verliess den Gerichtssaal hingegen mit einem guten Gefühl: Das Gericht hat sich nämlich auch ausführlich Gedanken zur Frage gemacht, ob die Verantwortlichen in der Verwaltung den Betrug hätten bemerken können – und verneinte dies. Die falsch abgerechneten Abfallmengen seien über die Jahre nur langsam und kontinuierlich angestiegen. Zudem habe mit dem Unternehmen zuvor über Jahrzehnte eine vertrauensvolle Geschäftsbeziehung bestanden. Kontrollmöglichkeiten habe die Gemeinde keine gehabt.

Alexander Müller



Die Deliktsumme berechnete das Gericht auf 309'000 Franken. Foto: Marco Zangger (Symbolbild)

In Basel werden elektrische Baumaschinen getestet

Baggern ohne Lärm Ab Montag werden auf einer Baustelle in Basel elektrische Baumaschinen getestet. Das Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) will damit Lärm und Abgase reduzieren und erhofft sich Erkenntnisse zu den Voraussetzungen für die Elektrifizierung von Tiefbauprojekten, wie es gestern mitteilte. Die elektrischen Bagger, Radlader und Dumper sollen in der Hegenheimerstrasse eingesetzt werden. Als Vergleich z diene der Bau einer unterirdischen Sam-

Zum Laden des elektrischen Baugeräts wird ein Lagerplatz zwischen Nonnenweg und Spalenring dienen, heisst es in der Mitteilung.

Das BVD will herausfinden, wie stark CO₂ und Lärm reduziert werden können und wie sich der Stromverbrauch entwickelt, wie es schreibt. Zudem soll ermittelt werden, welche Anforderungen an die Planung, Infrastruktur und den Betrieb bestehen. Als Vergleich z diene der Bau einer unterirdischen Sam-

melstelle am St.-Johann-Platz, bei dem herkömmliches Dieselgerät zum Einsatz komme.

Die Elektrisierung von Baustellen leistet einen Beitrag zur kantonalen Klimaschutzstrategie, wie im Communiqué steht. Gemäss Zahlen des BVD stossen Baumaschinen im Kanton pro Jahr schätzungsweise 9100 Tonnen CO₂ rund 22 Tonnen Stickoxid aus. Das entspricht 1,5 Prozent der gesamten CO₂- und 4,5 Prozent der gesamten Stickoxid-Emissionen. (and/SDA)